

Verbrechen, wird der Senat des Freistaates Krakau, nur in so fern mildern oder ganz nachlassen können, als die hohen Schutzhöfe solches als zulässig erkennen.

Dem gemäss, hat in diesem Falle der Senats-Praesident, wenn er beabsichtigen würde, von der ihm verfassungsmässig zustehenden Befugniss Gebrauch zu machen, und auf Begnadigung anzutragen, vorerst die Zustimmung der hohen Schutzhöfe, so wohl über den Umstand, ob eine Begnadigung überhaupt Platz greifen, und sodann in welcher Art und Weise die verhängte Strafe gemildert oder nachgesehen werden dürfe, durch Vermittlung der Residenten, einzuholen.

§. 100.

Da der Freistaat Krakau, keinen befestigten Ort, und überhaupt keine in der Art versicherten Gefängnisse besitzt, um Staatsverbrecher nach Vorschrift der be-